Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 88. Die Hochbauwerkmeisterprüfung für das Jahr 1919 betr.

Der Beginn der nächsten Werkmeisterprüfung für den hochbautechnischen Dienst ist auf

Montag, den 7. April 1919

festgesetzt.

Die Gesuche um Zulassung sind spätestens bis zum **Mittwoch, 12. März 1919** mit den nach § 4 Absatz 2 und 3 der landesherrlichen Verordnung vom 8. Dezember 1883 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1884 Seite 1) erforderlichen Belegen beim **Bezirksamt** zur weiteren Vorlage einzureichen.

Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß für den Nachweis der praktischen Ausbildung der Kandidaten allgemein gehaltene Zeugnisse nicht genügen, vielmehr genau angegeben sein muß, in welcher Weise die Beschäftigung in den einzelnen Stellen erfolgte.

Emmendingen, den 4. März 1919.

Bad. Bezirksamt.

Auf Grund des § 71 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 (R. G. Bl. 435 ff.) wurde die Mühle **Luise Beck in Eichstetten** wegen Unzuverlässigkeit in der Befolgung der ihr durch die Reichsgetreideordnung auferlegten Pflichten mit sofortiger Wirkung geschlossen. 1431

Selbstversorger dürfen demgemäß ihr Brotgetreide, Gerste, Hafer und Mais in dieser Mühle nicht mehr mahlen lassen.

Emmendingen, den 26. Februar 1919.

Bad. Bezirksamt.
Kommunalverband.

Sauerkraut-Verkauf.

Freitag, den 7. März 1919 wird im Keller der alten Realschule (Hebelstraße 1) 92

Sauerkraut

abgegeben per Pfund 25 Pfg.

Geld ist abgezählt bereit zu halten. Gefäße sind mitzubringen.

Emmendingen, den 4. März 1919.

Städt. Lebensmittelamt.

Landw. Konsumverein Windenreute.

Die ordentliche Generalversammlung findet **am 9. März nachmittags 2 Uhr** im Gasthaus zur Linde statt.

Tagesordnung:

1. Verkündigung der Rechnung 1918 und der Revisionsbericht 1917 und 1918
2. Entlastungen
3. Umwandlung des Vereins in eine eingetragene Genossenschaft mit Vortrag des Herrn Revisor Hack Karlsruhe i. B. 1427
4. Wahlen
5. Anträge und Wünsche.

Wegen Punkt 3 ist zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht.

Der Vorstand:
Schittenhelm.

Nußbaumverkauf. Das Forstamt **Waldkirch** verkauft einen im Hofe des Forsthauses stehenden dürr werdenden Nußbaum auf schriftliches Angebot auf dem Stock. Die Bedingungen und der Nußbaum sind während den Dienststunden einzusehen. Angebote verschlossen bis zum 15. März abends 5 Uhr, um welche Zeit die Eröffnung stattfindet. 1489

Versteigerung

einer größeren Menge **Futtertröge und Flankierbäume** mit Anhänge-Vorrichtung. 1414

Freitag, den 7. März, vorm. 11 Uhr beim alten Spital.

Gartenbesitzer! Landwirte! Gärtner!

deckt euern Bedarf an Samen umgehend, da viele Samen knapp sind. 654

Gemüse- und Feldsämereien aller Art, Saaterbsen, Saatbohnen, Runkelrüben-, Halbzuckerrüben-, Zuckerrüben-, Fleischklee- und Grassamen offeriert

Ludwig Sauter

Samenhandlung u. Gärtnerei, Emmendingen am Bahnhof.

Vom Felde zurückgekehrt

übernehmen wir das Anfertigen von

Plänen und Berechnen

sowie **Ausführung von Bauten und Reparaturen aller Art**, Lieferung von Baumaterial ab Lager und Wagenweise.

K. Sturm Söhne,
Königschaffhausen.

Wieder eingetroffen: 1445

Hackmaschinen
Waffeleisen

Conrad Lutz, Emmendingen.

Danksagung.

Allen, die uns beim Hinscheiden unseres lieben Gatten, Vaters und Grossvaters

Wilhelm Krayer

ihre Anteilnahme in so reichem Masse bekundet haben, sagen wir unsern innigsten Dank. Besondern Dank für die reichen Kranzspenden, den verehrlichen Krankenschwestern für die liebevolle Pflege und dem Herrn Stadtvikar Bucherer für die tröstende Grabrede.

Emmendingen, den 5. März 1919. 1443

Die trauernden Hinterbliebenen.

Aufruf!

Badisches Sturmbataillon Ober-Ost.

Kameraden! Hindenburg hat die deutschen Söhne zum Schutz der Ostgrenze aufgerufen. Bolschewistische Heere planen eine große Offensive in diesem Frühjahr. Gelingt der Einbruch in Ostpreußen, so gehen die Produktionsüberschüsse an Brotgetreide und Kartoffeln, von denen auch wir Badener leben, verloren und die Niederlage unseres Wirtschaftslebens wird eine völlige sein. Unsere eigene Lebensnotwendigkeit steht auf dem Spiel.

Darum auch für Baden **Freiwillige vor!** Helft, daß unsere Brüder im Osten nicht zum zweiten Male Haus und Hof verlieren. Meldet Euch, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die Ihr mindestens 6 Monate bei der kämpfenden Truppe gestanden, zum **Eintritt** in das

Badische Sturmbataillon Ober-Ost.

Wir benötigen auch Handwerker jeder Art. Ferner Nachrichtentruppen, Sanitäter, Spielleute und S.M.G.-Schützen.

Jeder, der gewillt ist, strengste Disziplin, Zucht und Ordnung zu bewahren und dem Truppenteil bis zu seiner Auflösung anzugehören, ist uns willkommen. Kameradschaftliches Wohlwollen und Gerechtigkeit soll auf der Seite der Vorgesetzten herrschen, Vertrauen und Selbstzucht auf der anderen.

Treue um Treue sei die Parole, unter der wir uns sammeln.

Militärpapiere, Leumundszeugnisse und Entlassungsanzüge sind mitzubringen.

Zuständig: mobile Löhnung, Tageszulage von 5.— Mark, Treuprämie, freie Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft.

Anmeldung erfolgt in Heidelberg: **Grenzschutz Ost, Höhere Mädchenschule, Anlage.** Abzeichen Eichenblatt mit badischem Wappen. 1421)

Badisches Sturmbataillon Ober-Ost.

Zech,
Major und Bataillons-Führer.

Zinkeisen, Leutnant und Adjutant. **Falkenberg,** Leutnant und Komp.-Führer.

Konfirmanden-Anzüge

empfiehlt

Siegfried Schwarz, Emmendingen,

— Telefon Nr. 147. —

Gesucht werden:

1 Knecht

kräftig und erfahren in der Landwirtschaft, der ehrlich und gewandt ist, da er auch im Geschäft Verwendung finden soll. 1358

1 Zweitmädchen

16- bis 18-jährig, sauber und rechtschaffen für Haushalt, Feld und Küche.

Kaufmann Hug,
Endingen a. K.

Frischgewässerte

Stockfische

blütenweiß

empfiehlt

H. Kromer,
Emmendingen.

Im Kopfwaschen und Frisieren

sowie im anfertigen und anfärben von **Zöpfen** empfiehlt sich

H. Legler,
Herren- u. Damenfriseur,
Markgrafenstr. 10.

Doppelte **Haupenhaarnetze** sind wieder zu haben. 1440

Kokosläufer

1,25 m breit und 14 m lang, bereits neu, sowie ein 1448

Kinderklappstuhl

mit Wachstuch gepolstert, ein Paar

Rohrstiefel

Rahmenarbeit, Größe 40, neu, zu verkaufen.

Wo? sagt die Geschäftstelle des Blattes.

5 Militärmützen

billig zu verkaufen. 1450

Lammstr. 18, Emmendingen.

Alter 1404

Pritschenwagen

zu verkaufen

Emmendingen, Marktpl. 13

Einmaliges Angebot!

Kerzen

(reine Kristallkerzen) so lange Vorrat reicht gegen Nachnahme im Sortiment von Mk. 5.—, bei Voreinsendung des Betrages portofrei. Brenndauer 15 Std. Wiederverk. gesucht. 1426

F. Dummler & Co., Nürnberg,
Königstr. 10.

Ueber Mk. 2000.—

für eine gute Nutzkuh ist im letzten Jahre oft bezahlt worden und sind durch kleine Anzeigen in den **Breisgauer Nachrichten** in Emmendingen hunderte von Verkäufen abgeschlossen worden. **Wenn Sie eine Kuh, einen Ochsen, Schafe, Pferde, Ziegen, Kaninchen usw. zu verkaufen haben, dann finden Sie mit ganz geringen Kosten, die sich vielfach bezahlt machen, einen guten Käufer.**

Zu verkaufen

Ein aufgerichtetes Bett, 1 Kanapee, 1 Küchenschaft, 1 Kinderwagen, 1 schwarzer Herrenrock, 1 Zylinderhut, 1 wasserdichter Herrenregenmantel, 1 Paar neue Militärstiefel Größe 43 od. 28/8, 3 Holzvorhangstangen. 1451

Wo, zu erfrag. in der Geschäftstelle der Breisg. Nachr.

Ein dunkelblaues neues

Kostüm-Kleid

noch nie getragen, ist zu verkaufen. 1333

Zu erfragen in der Gesch. der Breisg. Nachr.

Zu verkaufen 2,35 m dunkelbrauner 1433

Stoff

für Herrenüberzieher (Friedensware).

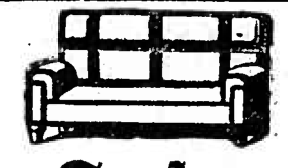
Zu erfr. in der Geschäftsst. der Breisgauer Nachrichten.

Zu verkaufen schöner

Hochzeitsfrack

mit Weste.

Wo zu erfragen in der Gesch. des Blattes. 1434



Sofa

mit Umbau, dunkel Eichen, zu verkaufen. 1398

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Breisg. Nachr.

Neue 1336

Kleiderschränke

neue und gebrauchte Stühle, gebrauchte Schränke, 4 Waschkommode, davon 2 mit Marmor, Wasch-, Nacht-, Näh-, Zimmer- und Küchentische, Kommode mit Glasaufsatz, 4 Betten, Regulator billig zu verkaufen bei **Fr. Arheidt,** Neustraße 1.

Ein Paar neue 1437

Hausschuhe

mit Ledersohlen zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

10—15 Ztr. 1436

Kornstroh

(Pflegeldrusch) und 6—8 Ztr.

Heu

und etwa 15—20 Liter

Fleischkleesamen

zu verkaufen.

Adresse in der Geschäftsstelle ds. Bl. zu erfragen.

Etwa 20 Zentner 1428

Dickrüben

zu verkaufen.

Schreinermeister Fritsch,
Emmendingen.

Täglich blütenweiße frischgewässerte

Stockfische

empfiehlt

J. Hofherr Ww. Nachf.
Inh. Ant. Burkhart
Emmendingen.

Ein 3/4jähriger, wachsamer

Hofhund

zu verkaufen. 1435

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Zu verkaufen

Bel. R.

Häsin

8 Monate alt, 2 Ausstellungs-Versandkisten, eine gut erhaltene Hängematte, ein 2 flammiger Petroleumherd. 1449

Gustav Herr, Teningen.

Bettnässen!

Befreiung garantiert sofort durch unseren Kompressor. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft unentgeldlich durch 1154

Norra-Versand Fürth i. B.
Sommerstr. 3.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 8 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 56 (Evang: Felicitas) **Emmendingen, Freitag, 7. März 1919.** (Kath: Thom. v. Aq.) **54. Jahrgang**

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 6. März. Ueber die Ereignisse des gestrigen Tages erfahren wir u. a.: Die Ansammlungen auf dem Alexanderplatz nahmen im Laufe des Vormittags immer mehr zu, sodaß der Platz zweimal von den Regierungstruppen gesäubert werden mußte. Die Menge wurde aber trotzdem immer zudringlicher und eröffnete gegen 12¾ Uhr aus den anliegenden Häusern zunächst vereinzeltes, dann immer stärker werdendes Feuer auf die im Polizeipräsidium befindlichen Regierungstruppen. Die Erschießung eines Spartakisten, der mit einer Handgranate ein Tor des Polizeipräsidiums zu sprengen versuchte, war das Zeichen zum fortgesetzten Feuern auf das Gebäude. 80 Zivilisten und Matrosen versuchten, das Gebäude in der Magazinstraße zu stürmen, wo die zur Besatzung des Polizeipräsidiums gehörige Feldartillerieabteilung untergebracht ist. Der Angriff wurde nach einstündigem Kampf durch Regierungstruppen abgewiesen. Die Angreifer hatten einen Toten, die Verteidiger keine Verluste. Das Gerücht, daß die Volksmarinedivision zu den Spartakisten übergegangen sei, verbreitete sich mehr und mehr und wurde schließlich als vollzogene Tatsache gemeldet. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Teile der republikanischen Soldatenwehr ebenfalls zu den Spartakisten übergetreten seien. In der Neuen Friedrichsstraße wurden gegen halb 7 Uhr von Matrosen Barrikaden errichtet, ebenso auf dem Straußberger Platz. Nach den Nachrichten, die um 11 Uhr eingingen, hat die Volksmarinedivision an der Jannowitzbrücke und Waisenbrücke sowie in der Magazin- und Alexanderstraße Maschinengewehre in Stellung gebracht, um das Polizeipräsidium zu stürmen.

WTB. Berlin, 6. März. Die mehrheitssozialistischen Betriebsräte Großberlins haben gestern in einer Versammlung einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die am 5. März tagende Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der sozialdemokratischen Partei Großberlins stellen fest, daß der Streik gegen den Willen der sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter im Großberliner Arbeiterrat von einer durch Kommunisten und Unabhängige beherrschten Versammlung der Arbeiterräte eingeleitet worden ist. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung kann die Konferenz eine weitere Fortsetzung des Streikes nicht unterstützen, wenn auch die Kommission des Vollzugsrates mindestens dieselben Zugeständnisse der Regierung einbringt. In dieser Voraussetzung werden die sozialdemokratischen Arbeiterräte beauftragt, den Abbruch des Streikes zu beantragen und im Falle der Ablehnung dieses Antrags den Streik selbständig aufzugeben. Die Konferenz erklärt weiter, daß auf diejenigen Betriebe, die durch geheime Urabstimmung die Teilnahme am Generalstreik ablehnten, kein Streikzwang ausgeübt werden dürfe.

WTB. Berlin, 6. März. Der Generalausstand hat sich auch auf die Elektrizitätswerke ausgedehnt. Seit 7 Uhr abends ist Berlin ohne elektrisches Licht.

WTB. Berlin, 6. März. Der Aufruhr, dem nach Versicherungen unterrichteter Kreise trotz allen äußeren Anscheins, den ihm die Spartakisten zu geben bemüht sind, nur eine episodische Bedeutung hat, konzentrierte sich bisher auf das Gebiet um den Alexanderplatz und um das Polizeipräsidium herum. Die Angreifer auf das Polizeipräsidium bestanden zum Teil aus bewaffneten Arbeitern der Berliner Großbetriebe, aus bewaffneten Arbeitslosen und Mitgliedern des Roten Soldatenbundes, d. h. Deserteure oder freigekommene militärische Strafgefangene sowie aus Teilen der Volksmarinedivision. Heute im Verlauf der ersten Morgenstunden zwischen 2 und 8 Uhr ist der Angriff auf das Polizeipräsidium gescheitert. Lediglich einer kleinen Abteilung von etwa 50 Mann ist es gelungen, in den Südflügel des Präsidiums vorübergehend einzudringen. Diese Abteilung wurde aber von der Besatzung nach kurzer Zeit hinausgeworfen. Das Präsidium wurde im Laufe des Vormittags weiterhin beschossen und nach allen Seiten abgesperrt. Daraufhin wurde der Gardekavalleriedivision die Säuberung des Alexanderplatzes übertragen. Der Angriff der Division begann um 2 Uhr nachmittags und kann bei Einbruch der Dunkelheit als gelungen bezeichnet werden. Es sind noch Einzelangriffe im Gange, jedoch kann die Gesamtlage dahin bezeichnet werden, daß die Regierungstruppen Herren der Lage sind. Die Volksmarinedivision hat auf dem Marinehaus die weiße Flagge gehißt und das Marinehaus geräumt. Zur Zeit ist das Marinehaus von plündernden Zivilisten angefüllt. Eine Wache der republikanischen Soldatenwehr im Marstall hatte auf Regierungstruppen gefeuert. Der Marstall wurde daraufhin im Sturm genommen und die Wache der republikanischen Soldatenwehr ausgehoben.

WTB. Berlin, 6. März. Durch einen umfassenden Angriff der Regierungstruppen ist die Innenstadt, die von den Spartakisten besetzt gewesen ist, genommen worden. Die verschiedenen Gebäude, besonders die Schulgebäude, in denen sich die Spartakisten niedergelassen hatten, sind jetzt von den Stäben der Gardekavallerieschützendivision besetzt worden. Natürlich müssen einzelne Spartakistennester noch gesäubert werden.

7.30 Uhr abends: Die Teilkämpfe im Stadtinnern sind abgeschlossen. Auf Seiten der Regierungstruppen sind verhältnismäßig geringe Verluste vorgekommen, besonders aus dem Grunde, weil von Infanterie wenig Gebrauch gemacht wurde und Artillerie, Minenwerfer und hauptsächlich Maschinengewehre zur Verwendung kamen. Zahlreiche Gefangene wurden gemacht.

WTB. Berlin, 6. März. Der heutige Tag hat nach Meldungen eines Berichterstatters den Regierungstruppen in schweren Straßenkämpfen einen restlosen Erfolg gebracht. Die Volksmarinedivision mit Teilen der republikanischen Soldatenwehr hatte sich im Marinehaus verschanzt und das Haus mit Geschützen, Maschinengewehren und allen modernen Kampfmitteln in eine Festung verwandelt. Gleichzeitig versuchten die Spartakisten heute nacht das Polizeipräsidium, das von der Berliner Schutzmannschaft und Teilen der Regierungstruppen gehalten wurde, zu stürmen. Die Verteidiger schlugen stundenlang erbitterte Angriffe zurück, trotzdem die Gegner auch Artillerie verwandten, besonders auch leichte Feldhaubitzen. In den Mittagsstunden setzte der hervorragend geleitete Angriff der Regierungstruppen an allen Stellen gleichzeitig ein und brachte ihnen einen vollen Erfolg. Das Marinehaus erhielt drei Volltreffer von schweren Feldhaubitzen. Die Verteidiger verließen fluchtartig ihre Festung. Der Alexanderplatz und die umliegenden Straßen wurden von Freiwilligenformationen der Gardekavalleriedivision gestürmt und vollständig gesäubert. Der Erfolg der Truppen ist trotz erbitterter Gegenwehr der Spartakusleute vollkommen.

WTB. Berlin, 6. März. Das Kommando der republikanischen Schutztruppe tritt der Blättermeldung entgegen, die republikanische Schutztruppe sei mit der Volksmarinedivision gegen die Regierung aufgetreten und erklärt, die republikanische Schutztruppe stehe nach wie vor hinter der Regierung im Verein mit anderen Regierungstruppen.

Leipzig, 6. März. Die Streiklage in Leipzig spitzt sich immer mehr zu. Einesteils scheint sich die Streikleitung ihrer Sache selbst nicht sicher zu sein. Die Leipziger Streikleitung fordert durch Maueranschlag erneut zur Fortsetzung des Generalstreiks auf. Wenn das Proletariat jetzt nicht siege, werde es in Leipzig so kommen wie in Halle, wo die Noske-Truppen herrschen. Inzwischen haben sich in Leipzig Spartakistentruppen gebildet. Die inneren Zustände werden immer bedrohlicher. Nach ärztlichen Mitteilungen sind bereits Fälle von Flecktyphus aufgetreten. Die Kindersterblichkeit in Leipzig nimmt fortgesetzt zu. In einer Klinik mußte eine Frau unter den Augen der Aerzte sterben, die durch eine Operation hätte gerettet werden können, jedoch konnte die Operation nicht ausgeführt werden, weil kein geheiztes Zimmer zur Verfügung stand. Die Nachricht, daß die Leipziger Gefängnisse gestürmt und die Insassen befreit worden seien, ist unzutreffend.

WTB. Eisenach, 6. März. Seit gestern mittag ist die Lieferung von elektrischem Strom sowie Gas und Wasser eingestellt worden. Nur das Beerdigungswesen ist aufrecht erhalten. Das Verkehrsamt Eisenach erhielt gestern die Aufforderung, den Eisenbahnverkehr Eisenach-Bebra, Eisenach-Gotha und Eisenach-Meiningen sofort einzustellen, widrigenfalls mit Gewalt vorgegangen werden soll.

WTB. Essen (Ruhr), 6. März. Auf der Zeche „Glückauf Tiefbau“ fuhr heute die Belegschaft wieder ein. Bei der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ und der Zeche „Hugo“ ist die Streiklage unverändert. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 6900 gegen 7500 gestern.

Die Spartakistenherrschaft im rheinisch-westfäl. Grubengebiet.

Der Verelendungsplan der Spartakisten.

Berlin, 6. März. In einer Zuschrift des Arbeiterrates von Gelsenkirchen an den „Vorwärts“ heißt es u. a.:

Auf eine Anfrage eines Mitgliedes der Mehrheitspartei, wie sich die Spartakisten die Umwälzung denken, erklärte der Führer der Spartakisten, Schuhmacher: „Wir wollen, daß die Zustände schlimmer werden als in Rußland; die Betriebe sollen betriebsunfähig gemacht werden. Wenn die Bevölkerung halb verhungert ist, dann wollen wir auf den Trümmern neu aufbauen.“

Angesichts solcher Aussprüche, bemerkt der „Vorwärts“ hierzu, muß man sich fragen, ob man es mit Wahnsinnigen oder mit Verbrechern zu tun hat.

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß

Abbruch der Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

WTB. Berlin, 6. März. Nach einer Mitteilung der Waffenstillstandskommission hat die Reichsregierung die Unterhändler in Spaa angewiesen, die deutsche Handelsflotte nur zur Verfügung zu stellen, wenn durch bindende Verträge die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte sichergestellt sei. In der letzten Sitzung über die Lebensmittelversorgung Deutschlands in Spaa führte der deutsche Vertreter aus, die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln sei einer der wichtigsten Gründe für die Annahme der harten Waffenstillstandsbedingungen gewesen. Deutschland könne aber nicht seine Handelsflotte ausliefern, ohne daß eine Zusicherung der Alliierten vorliege, daß die Lebensmitteleinfuhr auch tatsächlich erfolge. Bisher erhalte Deutschland noch keine einzige Tonne Lebensmittel von den Alliierten. Deshalb sei der deutsche Standpunkt der, die Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Verträge die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte sichergestellt sei. Deutschland schlage aber vor, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen, eine teilweise Zurverfügungstellung der Handelsflotte vorzunehmen und bei dem Vorhandensein eines definitiven Versorgungsplanes den Rest der Flotte auszuliefern. Der englische Vertreter erklärte, die Alliierten hätten die Absicht, die Versorgung Deutschlands von Monat zu Monat zu erleichtern, vorbehaltlich der Entscheidung des obersten Kriegsrates, wenn Deutschland sofort die gesamte Flotte abliefere. In erster Linie wird die Einfuhr von 270 000 Tonnen genehmigt, und die Frage weiterer Belieferung werde dem obersten Kriegsrat zur Entscheidung vorgelegt. — Unterstaatssekretär von Braun entgegnete auf diese Erklärung, daß dadurch die weitere Versorgung Deutschlands von drei unsicheren Faktoren abhängig gemacht und die Entscheidung dem obersten Kriegsrat vorbehalten sei, mit dem Deutschland keine Verhandlungsmöglichkeit habe. Er betonte nochmals, daß die Frage der Lebensmittelversorgung eine Frage auf Leben und Tod für Deutschlands Bevölkerung sei, von der schon jetzt täglich 800 Menschen Hungers stürben. Keine Regierung könne es verantworten, ohne Sicherheit für die Ernährung des Volkes sich des letzten Mittels zu berauben. — Hierauf erklärte Admiral Hope, daß die assoziierten Vertreter keine Vollmacht hätten, weiterzugehen. Wenn die deutschen Vertreter keine weiteren Instruktionen hätten, schlage er vor, die Verhandlungen abzubrechen. — Unterstaatssekretär von Braun bemerkt, er halte es für wenig wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung in dieser Lebensfrage nachgeben könne. Da ein weiteres Verhandeln zwecklos erschien, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die beiderseitigen Kommissionen reisten von Spaa ab.

Frankfurt, 6. März. (Privattelegramm.) Die Frankfurter Zeitung meldet noch über den Abbruch der Verhandlungen in Spaa: Gemäß seiner Instruktion erklärte der Führer der deutschen Delegation, Unterstaatssekretär von Braun, die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte nur zuzugestehen, falls die Lebensmittelversorgung Deutschlands sichergestellt werde. In einer Kabinettssitzung hatte die deutsche Regierung in Weimar diese Instruktion wie folgt erneuert:

Auf Grund ihrer Depesche beschloß die deutsche Reichsregierung einstimmig, an den angegebenen Instruktionen festzuhalten. Die deutsche Handelsflotte wird zur Verfügung gestellt, sobald durch bindende Verträge mit den Alliierten die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte sichergestellt ist. Die von den Alliierten in Aussicht gestellte Ermächtigung an Deutschland, 100 000 Tonnen Getreide aus Argentinien zu kaufen, ist anzunehmen. Entsprechend sind 100 000 Tonnen Schiffsraum von Deutschland zu liefern. Sollten die Verhandlungen darüber scheitern, so sind Sie ermächtigt, nach Abschluß sämtlicher Verträge zur Ablieferung von 270 000 Tonnen Lebensmitteln 270 00 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung zu stellen. Die Mengen der zu liefernden, durch Vertrag sicherzustellenden Lebensmittel müssen parallel gehen mit dem Umfange des von uns zur Verfügung zu stellenden Schiffsraumes. Reichsminister Erzberger.

WTB. Berlin, 6. März. Die Erledigung der laufenden Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Spaa werden durch den Abbruch der Verhandlungen der drei Unterkommissionen in keiner Weise berührt, sondern gehen nach wie vor weiter. Im Anschluß an den Abbruch der Verhandlungen der drei Unterkommissionen wurde deutscherseits in der Vollsitzung der mit den laufenden Verhandlungen betrauten Waffenstillstandskommission am Vormittag des 6. März in Spaa eine Note übergeben, in der die Gesamtstellung der deutschen Regierung dargelegt wird.

Zu den neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 6. März. Die von den Lyoner Zeitungen veröffentlichten neuen Waffenstillstandsbedingungen dürften von der Pariser Presse nicht gebracht werden. Die Pariser Presse habt allgemein hervor, daß die Friedensverhandlungen in ein entscheidendes Stadium eingetreten seien.

Der „Temps“ schreibt, ein dauerhafter Frieden werde nicht möglich sein, solange Preußen im Besitze des linken Rheinufers und der westfälischen Industriebezirke wäre. Frankreich müsse den Rhein zur strategischen Grenze machen und gleichzeitig dem rheinisch-westfälischen Staat zum Leben verhelfen. — „Victoire“ verlangt die Schaffung eines neuen Pufferstaates auf dem linken Rheinufer, besonders mit Rücksicht darauf, daß man Deutschland nicht hindern könne, die acht Millionen Deutsch-Oesterreicher in sich aufzunehmen.

* * *

WTB. Haag, 6. März. Dem Nieuwe Rotterdamschen Courant wird aus Paris gemeldet, daß dort jetzt Vorberei-

ungen für die Unterbringung der deutschen Bevollmächtigten getroffen worden sind. Es ist festgesetzt worden, daß Clemenceau, Lloyd George und Präsident Wilson ausersehen werden sollen, den Deutschen die Friedensbedingungen vorzulesen. Die deutschen Bevollmächtigten werden dann nach Weimar zurückkehren, um der Nationalversammlung Bericht zu erstatten.

Sonstige Meldungen.

WTB. Brünn, 5. März. Tschecho-slowakisches Preßbüro. Bei Kundgebungen gegen den tschecho-slowakischen Staat kam es in Sternberg und Neu-Pötschheim zu bedauerlichen Zusammenstößen. In Sternberg hatten die Truppen 2 Tote und 5 Schwerverwundete, die Bevölkerung 12 Tote und 25 Schwerverwundete. In Neu-Pötschheim wurden 3 Soldaten und 5 Demonstranten verwundet.

WTB. Stockholm, 6. März. Das Schwedische Rote Kreuz hat sich an die Spitze einer Bewegung gestellt, welche hungernden Kindern aus den baltischen Provinzen, Belgien, Polen, Deutschland und Oesterreich einen längeren Erholungsaufenthalt in Schweden gewähren will. Die Zeitungen veröffentlichen einen Aufruf zum Anschluß.

WTB. Amsterdam, 6. März. Nach einer hier eingetroffenen englischen Meldung erklärte der Staatssekretär für den Krieg, Churchill, bei Beantwortung von Anfragen in einer Ausschußsitzung: Die englische Regierung schicke die deutschen Kriegsgefangenen so rasch wie möglich nach Frankreich und Belgien zurück, um sie dort arbeiten zu lassen.

Das Sozialisierungsgesetz angenommen.

WTB. Berlin, 6. März. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Zustimmung des Staatenausschusses hiermit verkündet wird.

§ 1. Jeder Deutsche hat die sittliche Pflicht, seine geistige und körperliche Kraft so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter besonderer Aufsicht des Reiches. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm Arbeitsmöglichkeit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigsten Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.

§ 2. Die für die Vergesellschaftlichung geeigneten wirtschaftlichen Unternehmungen, insbesondere die Gewinnung von Bodenschätzen, um die Ausnützung von neuen Kräften in die Gemeinwirtschaft zu überführen sowie die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft zugunsten des Reiches, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände zu regeln, ist Sache der Reichsgesetzgebung.

§ 3. Die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft werden vom Reiche beaufsichtigt. Das Reich bedient sich bei der Durchführung der Aufsicht der Gliedstaaten und der Behörden.

§ 4. In Ausübung der in § 2 vorgesehenen Befugnis wird ungesäumt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnützung von Brennstoffen, Wasserkräften und sonstiger natürlicher Energie verlangt und die hieraus stammende Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz über die Erhebung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Das Vaterland ist in Gefahr.

Das Vaterland ist in Gefahr. Nie war sie größer.

Weite Kreise unseres Volkes ahnen noch kaum, daß wir vor dem Abgrund stehen; aber vielen haben vielleicht doch die Vorgänge in Mannheim und der dadurch nötig gewordene Belagerungszustand die Augen geöffnet. In Mannheim sind niederträchtige Morde begangen worden; man hat, als ob der Irrsinn herrschend geworden wäre, schwere Verbrecher befreit; man hat geraubt und geplündert; wertvolle Akten wurden verbrannt als Freudenfeuer für Tolle.

Dasselbe Gefühl beherrscht die Männer und Frauen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien: das Gefühl des Abscheues gegen einen „Sozialismus", der sich am Staatseigentum vergreift und damit beweist, daß die Verantwortlichen den Sozialismus nicht verstehen, gegen eine „Demokratie", die arme Kriminalschutzleute beraubt, gegen die „Freiheit" der Maschinengewehre, die „Brüderlichkeit", die deutsche Familienväter niederschießt, die „Pressefreiheit", die den Sozialdemokraten die „Volksstimme" raubt.

Es ist wieder Ruhe. Ist wirklich Ruhe? Die Bolschewisten und Spartakisten arbeiten weiter. Wenn jetzt in der allerletzten Minute das badische Volk nicht aufwacht, sind wir rettungslos der Anarchie überliefert und gehen mit unseren Frauen und Kindern rettungslos zu Grunde.

Nur eine Rettung gibt es: Gute, disziplinierte, badische Bataillone. Das badische Freiwilligen-Bataillon Bruchsal hat die Ruhe in Karlsruhe gesichert; ihm verdanken wir es, daß kein Blut vergossen wurde. Wir brauchen noch mehr Freiwilligen-Bataillone; die Regierung hat das badische Volk zum Eintritt aufgerufen. Zaudert nicht! Verschließt die Augen nicht vor der ungeheuren Gefahr, die uns droht. Wer körperlich leistungsfähig ist und Fronterfahrung hat, muß jetzt kommen; die Alten aber sollen ihre Söhne schicken.

Ihr wollt Euren Geschäften nachgehen? Ihr wollt studieren? Ihr wollt nach schweren Kriegsjahren jetzt Eurer Familie leben! Wer würde das nicht begreifen. Aber all Eure Arbeit hat keinen Sinn, wenn der Staat zusammenbricht. Ihr habt die Wahl, jetzt zu kommen und Eure Zukunft zu sichern, oder in kurzer Zeit mit allem, was Euch lieb und wert ist, zu Grunde zu gehen.

Ich habe nicht gesehen, daß zu den ersten Bataillonen sich die Söhne der Reichen gemeldet haben. Aber ich habe gehört, daß sie auf den Staat schimpfen, der in Mannheim nicht sofort für Schutz habe sorgen können. Der Staat darf erwarten, daß die Söhne aller Schichten kommen, und wer sich zu vornehm dünkt, der klage, wenn der Zusammenbruch kommt, nicht den Staat, sondern seine eigene jammervolle Gesinnung an. Ihr seid traurige Gesellen, wenn Ihr erwartet, daß nur die anderen zum Schutze bereit sein sollen.

Kein Tag ist zu verlieren. Aus allen Ständen, aus allen Parteien müssen sich jetzt sofort die Männer bei ihrem Bezirkskommando melden.

Ihr sprecht von Eurer Vaterlandsliebe! Ihr sollt sie heute beweisen. Nie war es nötiger. **Freiwillige vor!**

Dr. Ludwig Haas, Minister des Innern.

Die unmittelbare Bedrohung Deutschlands durch das Bolschewistenheer.

Ueber die Lage in Ostpreußen und Baltikum wird der „N. B. L." mitgeteilt, daß die Gefahr des russischen Einmarsches, wenn auch im Augenblick nicht akut, doch in 4–5 Wochen mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Es steht eine bolschewistische Armee in Stärke von 1 600 000 Mann 70 Kilometer von der alten ostpreußischen Grenze entfernt fertig zum Einmarsch. Nur die augenblicklichen Witterungsverhältnisse und die Tatsache, daß das bolschewistische Heer noch über Nahrungsmittel im Lande selbst verfügt — irgendwelche rückwärtige Verbindungen sind nicht vorhanden — hat bisher den Vormarsch verhindert. Sobald das Land von dem Heere ausgesogen und das Tauwetter vorüber ist, wird sich dieses Heer mit elementarer Gewalt auf Ostpreußen werfen. Leider muß gesagt werden, daß wir ihnen so gut wie gar keine Truppen entgegenstellen können. Dank der rührigen Agitation russischer Agenten, deutscher Bolschewisten und Unabhängiger in Ostpreußen ist auch die innere Widerstandskraft des sogenannten Grenzschutzes als geschwächt anzusehen. Die bolschewistische Armee selbst wird als außerordentlich diszipliniert bezeichnet. Soldaten- und Arbeiterräte sind abgeschafft. Es besteht nur ein Komitee für wirtschaftliche Fragen. Dem Regimentsführer und dem von der Regierung jedem Regiment zugeteilten Kommissar, der die Aufsicht führt, ist weitgehende Disziplinargewalt gegeben. Auf militärische Vergehen steht Todesstrafe. Auch die Führer mißglückter militärischer Unternehmungen werden erschossen. Trotzky hat eingesehen, daß nur mit scharfer Disziplin und Drill ein Heer zusammengehalten werden kann. Alles in allem ist die Aussicht als verzweifelt geschildert und in der Tat handelt es sich in Ostpreußen nicht um lokale Fragen, sondern um eine gemeinsame Gefahr für das deutsche Reich, ja für Europa. Gelingt es den russischen Kommunisten, auf deutschem Boden Fuß zu fassen, so wird es schwer halten, ja beinahe unmöglich sein, der spartakistischen Bewegung Einhalt zu gebieten. Das wird das Ende und den Untergang des Deutschen Reiches bedeuten.

Die Kriegsentschädigung.

Berlin, 3. März. (Privatmeldung.) Hollandsch Nieuws Büro erfährt aus Newyork: „Newyork World" berichtet aus Paris, daß die Kommission zur Feststellung der Kriegsentschädigung jetzt ihre Arbeiten beendigt hat und eine vorläufige Schätzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen abgab. Die Sachverständigen, die zu dieser Kommission herangezogen wurden, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß 25—40 Milliarden Dollars gezahlt werden können; wahrscheinlich wird die endgültige Summe etwa 30 Milliarden Dollar betragen. Der jetzt aufgestellte Gesamtbetrag wird von Deutschland und seinen Verbündeten gezahlt werden müssen und zwar ein Teil sofort in bar oder in Schuldscheinen, der Rest soll auf eine Periode von Jahren verteilt werden, während der die Mittelmächte den noch ausstehenden Betrag verzinsen sollen. Die Zinsen sollen so hoch bemessen werden, daß die Zentralmächte Gelegenheit haben, gleichzeitig die Amortisation vorzunehmen. Der Plan, der jetzt ausgearbeitet ist, wird eine Regelung umfassen, die darauf hinausgeht, daß sofort ein Betrag von 5 Millionen Dollar gezahlt werden muß. Diese Zahlung kann durch Barmittel erfolgen oder durch Veräußerung von Schulscheinen, die teilweise in den Ländern der Entente aufgenommen werden können. Dies ist vollkommen mit dem Vorgehen Deutschlands nach Beendigung des Krieges von 1870-71 vereinbar, wo Deutschland ebenfalls Schuldscheine, die Frankreich veräußern konnte, in Zahlung genommen hat. Amerika, England, Italien, Frankreich und die anderen Länder werden deshalb ebenfalls angewiesen, einen Teil der deutschen Schuldscheine ihrerseits zu übernehmen. Die ganze Angelegenheit soll durch ein Garantiesystem festgesetzt werden, das von der interalliierten Kommission für Kriegsentschädigung ausgearbeitet wird.

Die politischen Vorgänge in Mannheim.

oc. Mannheim, 6. März. Die kommunistische Partei (Spartakusbund) verbreitete gestern in der Stadt ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Generalstreik. Die „Volksst." stellt demgegenüber ausdrücklich fest, daß die alte sozialdemokratische Partei es ablehne, sich an diesem Generalstreik zu beteiligen. Sie fordert ihre Parteiangehörigen auf, in den Fabriken an den Arbeitsplätzen zu bleiben und sich nicht von einer kleinen Minderheit erneut aufputschen zu lassen.

Das bisher als Polizeitruppe hierher verlegte Bataillon des Regiments Nr. 110, das bei den Putschen kürzlich entwaffnet worden ist, wurde aus Mannheim entfernt. Die Ankunft eines anderen badisch. Bataillons als Polizeitruppe steht bevor.

In einigen Orten der Umgegend fanden in den letzten Tagen Verhaftungen von Anhängern der Sozialdemokratie (sowohl der Mehrheitssozialisten wie der Unabhängigen) statt. Ueber die Ursache der Verhaftung wird in der „Volksstimme" nichts mitgeteilt, die jedoch meldet, daß alle Verhafteten bis auf einen, der als Gefangener bei dem Gefängnissturm entwaffnet worden war, wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind.

Die Schulfrage im Verfassungsausschuß.

oc. Karlsruhe, 5. März. Der Verfassungsausschuß wandte sich in seiner gestrigen Beratung nochmals dem Schulparagraphen (§ 19 der Verfassung) zu. Es lagen Anträge von verschiedenen Seiten vor. Während von sozialdemokratischer Seite in einem Antrag die gänzliche Streichung des Passus: „Religionsunterricht ist Pflichtfach im Schulunterricht" beantragt wird, wollen die anderen Fraktionen unbedingt diese Materie in der Verfassung regeln. Nach einem demokratischen Antrag soll der Satz lauten: „Für die Erteilung des Religionsunterrichts im volksschulpflichtigen Alter gelten die Bestimmungen des Schulgesetzes." Demgegenüber lautet ein Zentrumsantrag: „Der Religionsunterricht bleibt im bisherigen Umfange Unterrichtsgegenstand." Gegen diesen Antrag wendet sich ein großer Teil der Demokraten und die Vertreter der Sozialdemokraten.

Bei der Abstimmung wurde die Fassung der ersten Lesung (Religion ist Pflichtfach) mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Vor der Abstimmung über den demokratischen Antrag entspann sich eine größere Debatte. Das Zentrum bemerkte, es müsse den Antrag ablehnen, da damit der Schutz der Verfassung nicht garantiert sei. Der demokratische Antrag wurde mit 16 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Damit bleibt die Fassung der Regierungsvorlage; über den Religionsunterricht wird in der Verfassung nichts gesagt.

Zu Absatz 2 des § 19, der die Gewissensfreiheit der Lehrer und Schüler garantiert, bringt das Zentrum einen Antrag ein, wonach die Gemeinde keinen Lehrer weiter zu verwenden braucht, der keinen Religionsunterricht mehr erteilen will, wenn dadurch die Erteilung des Religionsunterrichts unmöglich wird. Die Vertreter der Sozialdemokraten und der Demokraten sprachen sich dahin aus, daß diese Bestimmungen in das Schulgesetz gehören. In diesem Sinne entscheidet auch die Abstimmung. Was die Befreiung vom Besuche des Religionsunterrichts anbelangt, so wird die endgültige Abstimmung darüber nochmals vertagt.

Die Neugestaltung der Lehrerbildung in Baden.

oc. Karlsruhe, 6. März. Der Badische Lehrerverein hat an seine Bezirksvereine Richtlinien über die Neugestaltung der Lehrerbildung versandt, denen als Hauptziel die einheitliche Ordnung der Vorbildung des gesamten Lehrerstandes an die Spitze gestellt ist. In den Richtlinien wird dann weiter gefordert, daß zum Eintritt in die Lehrerbildungsanstalt der erfolgreiche Besuch von wenigstens sieben Klaen einer höheren Lehranstalt oder der Nachweis einer entsprechenden Bildung nötig sei. Die Vorseminare sollen als solche aufgehoben und in allgemeine höhere Lehranstalten umgewandelt werden, die gut veranlagte Volksschüler (namentlich vom Lande) nach sieben Volksschuljahren aufnehmen und sie in fünf Jahren zur Primareife führen sollen. Diese Schüler könnten alsdann in eine Lehrerbildungsanstalt übertreten oder in einer neunklassigen höheren Schule sich die Hochschulreife erwerben oder sich unmittelbar einem Berufe widmen. In den Richtlinien ist dann fernerhin dargelegt, wie die Lehrerprüfungen künftighin zu gestalten sind. Die „Internate" an den Lehrerbildungsanstalten sollen in allgemein staatliche „Schülerheime" mit durchaus selbständiger Leitung umgewandelt werden, die auch von Schülern anderer Lehranstalten besucht werden können. Schließlich wird in den Richtlinien noch die Forderung aufgestellt, daß jeder Volksschullehrer und jede Volksschullehrerin aufgrund des Abgangszeugnisses der Lehrerbildungsanstalt das Recht hat, die Hochschule zu besuchen, daß an den Hochschulen Lehrstühle für die Erziehungswissenschaften zu errichten sind und daß die Hochschulkurse für Volksschullehrer zu einer regelmäßig wiederkehrenden Einrichtung werden. Der Badische Lehrerverein fordert seine Bezirksvereine auf, zu diesen Richtlinien Stellung zu nehmen.

Fortsetzung der Finanzdebatte in der badischen Nationalversammlung.

oc. Karlsruhe, 5. März. Die badische Nationalversammlung setzte heute vormittag die Beratung über die Gewährung von Teuerungszulagen für Beamte und Staatsarbeiter fort. — Abg. Heurich (Ztr.) verwahrte sich dagegen, daß man sage, die Arbeiter seien an dem Zusammenbruch des Staates schuld. Gerade die Arbeiter haben mit am schwersten unter den Teuerungen gelitten. Beamte und Arbeiter hätten aber kein gutes Beispiel gegeben, als sie eine neue Teuerungszulage verlangten, während über die alte noch verhandelt wird. Das sei ein ungewöhnlicher Vorgang.

Abg. Rösch (Sozd.) verurteilte die Art und das Vorgehen der Eisenbahner in Mannheim. Die Arbeiter seien aber verbittert über das ungestörte Treiben der Kriegsgewinnler und Wucherer während des Krieges.

Verkehrsminister Rückert betonte, er habe den Eisenbahnern gegenüber persönlich schon mehrfach das Unverantwortliche ihrer Handlungsweise dargelegt, wenn sie wegen der Nichterfüllung ihres Ultimatums in den Ausstand treten wollen.

Abg. König (Dem.) führte aus, die finanziellen Angelegenheiten seien die schwerste Sorge. Man müsse aber hoffen, daß der gute sittliche Zorn unseres Volkes, der ja vorhanden sei, wieder zum Durchbruch komme. Unsere Wirtschaft könne nur durch den Warenexport wieder in Gang gebracht werden. Von politischer Seite drohe die Revolution keine Gefahr, aber aus der wirtschaftlichen Notlage könne sie erwachsen.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D. Natl.) kann den Optimismus des Finanzministers nicht teilen. Unser gesamter Besitz sei mit Schulden überlastet und es bleibe uns nichts übrig, als ganz von vorne anzufangen. Bei der Gewährung von Teuerungszulagen sollte man nach oben hin eine Grenze ziehen.

Finanzminister Dr. Wirth erklärte, die Regierung stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt der Tarifverträge und sei bereit, mit den Gewerkschaften darüber zu verhandeln. Er habe geglaubt, die Oberbeamten würden auf die Zulage verzichten, aber er habe sich darin getäuscht. Selbstverständlich verkenne er auch die Notlage eines Teils der Oberbeamten nicht. Der Satz „Wir müssen standesgemäß leben" werde bald keine Geltung mehr haben. Im folgenden wandte sich der Minister gegen die Vergnügungssucht und beleuchtete die schweren Opfer, welche uns die Entente auferlegen will. Werden alle ihre Ankündigungen zur Tatsache, dann gibt es für uns keine Rettung mehr. Dann sind wir für einige Zeit aus der Geschichte ausgelöscht. Dann kommt der Bolschewismus, aber nicht allein über uns, sondern über ganz Europa. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Finanzminister, die Kriegsanleihe müsse für das deutsche Volk ein Heiligtum sein; jeder Versuch, an ihr zu rühren, würde unseren Kredit auf Jahrzehnte untergraben.

Abg. Köhler (Ztr.) machte die Regierung darauf aufmerksam, daß sich auch viele Geistliche in einer Notlage befinden. Der Redner wünschte die alsbaldige Inangriffnahme der Notstandsarbeiten und bemängelte, daß die Kriegsgewinne nicht schärfer erfaßt worden seien. Ferner forderte er einen Ausbau der Erbschaftssteuer und des Erbrechts des Staates.

Abg. Ihrig (Dem.) bemerkte, bei der Beurteilung des Mannheimer Ultimatums müsse man auch mildende Umstände in Betracht ziehen. Auch auf der anderen Seite sei gesündigt worden und viele berechtigte Wünsche der Beamten und Arbeiter seien unberücksichtigt geblieben. — Abg. Wilh. Müller-Karlsruhe (Ztr.) vertrat die Forderungen des Eisenbahnpersonals, Abg. Horter (Sozd.) besprach gleichfalls die Mannheimer Ultimatumsangelegenheit und Abg. Amann (Ztr.) sagte, der größte Teil der Staatsarbeiter sei mit der Mannheimer Ultimatumspolitik nicht einverstanden gewesen. Auch sei es noch sehr fraglich gewesen, ob die Eisenbahner einer Streikaufforderung Folge geleistet hätten.

Nach kurzen Ausführungen des Finanzministers Dr. Wirth, der u. a. erklärte, die Regierung werde den Anregungen des Abg. Köhler, auch den Geistlichen Zuwendungen zukommen zu lassen, Folge leisten, wurde die Weiterberatung auf morgen, Donnerstag, vertagt.

Vermischte Nachrichten.

WTB. Recklinghausen, 6. März. Heute morgen entgleiste auf dem Bahnhof Sinsen-Köln der Hamburger D-Zug. Eine schadhafte Weiche legte sich während der Fahrt um und trennte den Zug in zwei Teile. Ein auf dem Nebengleis fahrender Güterzug fuhr auf den mittleren Teil des D-Zuges auf. 10 Personen wurden schwer verletzt. Auch der Güterzug wurde schwer beschädigt. 8—10 Wagen liegen zertrümmert auf dem Bahndamm.

Aus Baden.

oc. Schwetzingen, 6. März. Nach dem städt. Voranschlag muß die Umlage eine Erhöhung von 10 Pfennig und zwar von 50 auf 60 Pfennig erfahren.

WTB. Lörrach, 6. März. In der vergangenen Nacht kam es hier nach einer Versammlung über die Frage der Ernährungsverhältnisse zu Unruhen, in deren Verlauf auf den Bürgermeister Dr. Gugelmeyer geschossen wurde. Er wurde nicht verletzt. Ein Schutzmann erhielt einen Messerstich. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

* Emmendingen, 7. März. Herr Oberdomäneninspektor Honegger, Vorstand des hiesigen Domänenamtes, wurde auf 1. April in gleicher Eigenschaft zum Domänenamt Mannheim versetzt.

* Emmendingen, 7. März. Heute abend 8 Uhr werden im 3. Stock der Karlfriedrichschule die Anmeldungen zum Anfängerkurs, veranstaltet vom Kurzschriftverein Stolze-Schrey, angenommen. Die Leitung des zu Beginn der nächsten Woche festgesetzten Unterrichts durch eine auf stenographischem Gebiet vorzügliche Kraft bietet den Teilnehmern Gewähr für eine gründliche Erlernung der Kurzschrift. Mögen recht viele diese günstige Gelegenheit benützen, um ihre Kenntnisse zu erweitern, um so auch den Kurzschriftverein Stolze-Schrey an der Weiterausbildung unseres Volkes mithelfen zu lassen. „Schrift heil!" rs.

⊙ Emmendingen, 7. März. „Sie rief und Alle sind erschienen", so hieß es dieses mal bei der Generalversammlung der „Sängerrunde Hochberg", denn eine große Zahl aktiver und passiver Mitglieder waren der an sie ergangenen Einladung gefolgt und ist erfreulicherweise festzustellen, daß auch mehrere Neumannschaften sich zur Stelle meldeten. Der Vorstand, Herr Oekonomierat Jörger, eröffnete die Versammlung, hieß die Erschienenen herzlich willkommen und begrüßte besonders den Ehren-Dirigenten des Vereins, Herrn Schachenmeier. Hierauf wurde dem derzeitigen Schriftführer, Herrn Börsig, das Wort erteilt. Dieser hatte es verstanden, sein Protokoll so auszuarbeiten, daß es eine Lust war, ihm zuzuhören. Schwere Tage hatte der Verein seit seiner letzten Generalversammlung durchlebt, denn mehrere seiner treuesten aktiven Mitglieder, die seinerzeit hinauszogen zum Kampfe für's Vaterland, kehrten nicht mehr zurück; in fremder Erde ruhen still die Sänger. Zur Ehrung der auf dem Felde der Ehre Gebliebenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Sitzen. Punkt 2 war der Kassenbericht. Der Kassier, Herr Maier, gab eine genaue Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins. Die Kasse wurde geprüft und unter Anerkennung der tadellosen Führung der Kassengeschäfte dem Kassier Entlastung erteilt. Es folgte dann zunächst Punkt 4: Neuwahlen der Vorstandsmitglieder. Der seitherige 1. Vorstand des Vereins, Herr Jörger, lehnte eine Wiederwahl aus Altersrücksichten ab. Der 2. Vorstand, Herr Schöb, brachte das langjährige, um den Verein sehr verdiente aktive Mitglied Herrn Theilacker als 1. Vorstand in Vorschlag und ging dieser einstimmig aus der Wahlurne hervor, ein ehrendes Zeugnis dafür, welche Wertschätzung Herr Theilacker bei seinen Sängerrundlern genießt. Die weiteren Wahlen ergaben: 2. Vorstand Herr Schöb, Kassier Herr Maier, Schriftführer Herr Schnepf, Beisitzer die Herren Jörger, Wiesse sen., Gustav Wöhrle, Emil Rehm. An Stelle des bisherigen Verwalters Herrn Wiesse sen. übernahm Herr Wiesse jun. diesen arbeitsreichen Posten. Die Herren Wolfsbrud und Theilacker gedachten der Verdienste des seitherigen Vorstandes Herrn Jörger. Trotz seines hohen Alters war Herr Jörger stets auf seinem Posten und es ist ihm als treuen Berater besonders mitzudanken, daß der Verein zur heutigen Blüte gedieh. Herr Theilacker feierte noch den bewährten Dirigenten Herrn Ludwig, der während der ganzen Kriegsdauer in uneigennütziger Weise in treuer Pflichterfüllung seinen Posten begleitete. Herr Ludwig dankte für die Ehrung, ermahnte die Sänger, das deutsche Lied im Herzen zu tragen, dann würde das derzeitige Grau vor unseren Augen in eine wolkenlosere Zukunft verwandelt werden. Bei Punkt 5 wurde der Wunsch laut, daß aktive Mitglieder, die 30 Jahre ihre Kraft dem Verein zur Verfügung stellten, zu Ehrenmitgliedern ernannt werden sollten. Einstimmig wurde dieser Antrag angenommen und in Anbetracht ihrer 30jährigen Aktivität zu Ehrenmitgliedern ernannt die Herren Fuchs sen., Geier, Jörger und Gustav Wöhrle. — Die Gesangsproben des Vereins finden wieder wie früher jeden Mittwoch statt. Neue Sänger sind stets herzlich willkommen.

§ Emmendingen, 6. März. Ergebnis der Schöffengerichtssitzung vom 4. März. 1. Die Dienstmagd Emilie Müller von Ihringen, z. Zt. hier in Untersuchungshaft, wurde wegen Diebstahls zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 4 Monaten, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, verurteilt. 2. Landwirt Hermann Wilhelm Engler in Mundingen erhielt wegen unerlaubten Erwerbs von Militärgut eine Geldstrafe von 30 Mk., im Falle der Unbeibringlichkeit 6 Tage Gefängnis und wegen Hehlerei eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. 3. Der Landwirt Paul Trutt in Wyhl erhielt wegen Diebstahls eines Fahrrades 4 Wochen Gefängnis. Sämtliche Verurteilte haben die Kosten ihres Strafverfahrens zu tragen. — Das Amt eines Schöffen begleiteten die Herren Kupferschmied Friedr. Ambs hier und Landwirt Friedrich Bär in Malterdingen.

oc. Eingeschleppte Fleckfieberfälle. Da in die neutrale Zone durch hinreisende ehemalige Heeresangehörige vier Fleckfieberfälle eingeschleppt wurden, drohen die Franzosen mit Verschärfung der Einreise-Erlaubnis. Das Kriegsministerium hat daher verfügt, daß alle aus dem Osten in die neutrale Zone einreisenden Heeresangehörigen zunächst eine 14tägige Quarantäne durchzumachen haben. Die Erlaubnis zum Betreten der neutralen Zone wird daher in Zukunft an solche Personen erst nach 14tägiger Wartezeit erteilt werden.

:: Kenzingen, 5. März. Unser allverehrtes Stadtoberhaupt, Herr Bürgermeister Baptist, beging dieser Tage das 40jährige Jubiläum seiner Tätigkeit im Dienste unserer Gemeinde. Eine beabsichtigte offizielle Beglückwünschung hatte der Jubilar der heutigen traurigen Zeitverhältnisse wegen entschieden abgelehnt, und so fanden sich vorgestern nachmittag der Gemeinderat und die städtischen Beamten im blumengeschmückten Rathaussaale ein zur Uebermittlung ihrer Glückwünsche.

≈ Broggingen, 4. März. Endlich war der Tag gekommen, an dem es unserer Gemeinde nach 4½ Jahren vergönnt war, die zum Kampfe hinausgezogenen Söhne und Familienväter hier in ihrer lieben Heimat wiederzusehen und ihnen ein herzliches Willkommen zu entbieten. Obwohl diese Feier etwas anders, als viele noch bis vor einem halben Jahre geglaubt hatten, gefeiert wurde, so war es doch ein schöner und unterhaltender Abend. Wegen der großen Zahl der Teilnehmer mußte die Begrüßung in beiden hiesigen Wirtschaften abgehalten werden. Beide Räume waren schön geschmückt und bis auf den letzten Platz besetzt. Bis in die frühen Morgenstunden waren Männer und Frauen, Söhne und Jungfrauen versammelt. Zur Verschönerung der Feier hatte der Kronenwirt eine Musikabteilung von Freiburg kommen lassen und bei deren Klängen wurde das Tanzfieber bald erregt. Die Begrüßung war in folgender Weise veranstaltet: Von der Gemeinde wurden jedem Krieger 6 Mark aus der Gemeindekasse gegeben, 300 Liter Wein waren für sie gesammelt worden. Um 8 Uhr nahm die Feier ihren Anfang mit Ansprachen vom Oberhaupt der Gemeinde, Herrn Bürgermeister Süß, Herrn Pfarrer Ritzhaupt, Herrn Steuereinnehmer Steinhäußer und Herrn Christian Zipf. Herr Bürgermeister Süß gedachte in seiner Ansprache auch der Toten, Vermißten und Gefangenen mit innigen Worten und ehrten sämtliche Anwesenden das Andenken an die Gefallenen durch Erheben von den Sitzen. An Toten hat die Gemeinde 20 und an Vermißten 7 zu beklagen; in Gefangenschaft sind 9. Wir hoffen und wünschen, daß die Gefangenen und Vermißten bald gesund zu uns zurückkehren. Den Gefallenen wird in der Gemeinde ein ehrenvolles Andenken bewahrt werden. Der Gemeinde sei seitens der Krieger der innigste Dank für die schöne Feier ausgesprochen, ferner den Weinspendern und Herrn Kronenwirt für seine Bemühungen um die Beschaffung der Musikkapelle. Die Veranstaltung wird einen jeden Teilnehmer in angenehmster Erinnerung bleiben.

:: Herbolzheim, 4. März. Letzten Sonntag nachm. veranstaltete die Stadtgemeinde ihren Kriegern eine hübsche Begrüßungsfeier. Die mit Grün dekorierte Festhalle war dicht besetzt. Herr Bürgermeister Ad. Behrle entbot den Heimgekehrten den Willkommgruß und Dank der Heimat. Herr Roßwog jr. dankte im Namen seiner Mitkämpfer. Stadtmusik, Gesangverein, ein Frauen- und ein Schülerchor gaben ihr Bestes zum schönen Gelingen der Feier. Herr Fabrikant Arn. Schindler forderte zum Schlusse auf zu einem Hoch auf das Wiederemporkommen Deutschlands, welches von der Versammlung begeistert aufgenommen wurde. Nach dem Festakt verteilten sich die Krieger auf die verschiedenen Gasthäuser, wo ihnen von der Stadt ein für heutige Verhältnisse recht frugales Essen geboten wurde. Zudem erhielt jeder ein Geldgeschenk. Den Abschluß bildete Tanz, dem recht lange noch gehuldigt wurde. Sicherlich wird die Erinnerung an den schönen Tag in den Herzen aller Beteiligten noch lange nachklingen.

oc. Freiburg, 6. März. Der Gemeindevoranschlag sieht die Erhöhung der Umlage um 2 Pfennig, von bisher 39 auf 41 Pfennig vor.

oc. Elzach, 6. März. Durch Feuer sind die Anwesen des Schneiders Trenkle und des Rößlewirts Raufer vollständig zerstört worden.

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber K. Eppig u. Wilh. Jundt. Verantwortlicher Redakteur: Otto Teichmann, Emmendingen.

Carbid
für eingetragene Kunden ist eingetroffen bei
Emil Hirsch
Emmendingen.
N.B. Mache darauf aufmerksam, dass dies die letzte Sendung für Frühjahr ist. 1461

Kurzschrift-Verein „Stolze-Schrey"
Emmendingen.
Mit Beginn der nächsten Woche veranstalten wir einen 1344
Anfängerkurs
Gebühr Mk. 10.— Anmeldungen am Freitag, 7. März im 3. Stock der Karl-Friedrichschule abends 8 Uhr.
Der Vorstand.

Der beliebte „Breisgauer Familien-Kalender"
zum Preise von 30 Pfennig ist noch in kleiner Anzahl vorhanden und so lange der Vorrat reicht, durch die Agenten der „Breisgauer Nachrichten" zu beziehen.
In Emmendingen in der Geschäftsstelle Karl-Friedrichstr. 11 erhältlich.

Warnung!
Infolge täglicher Diebstähle in unserem Geschäft geben wir bekannt, daß künftighin jeder Fall zur Anzeige gebracht wird. Wer einen bei uns begangenen Diebstahl so nachweist, daß Anzeige erstattet werden kann, erhält 147
1 Mark Belohnung.
Buch- u. Schreibwarenhdlg. Ommerborn.

Präschwefel
bestes Mittel gegen Oidium, Mehltau. — Ia. Zeugnisse stehen zu Diensten. 1894
Josef Wild, Freiburg i. B.
Kellerartikel und Drogengrosshandlung
Telefon 1673. Wiederverkäufer gesucht. Günterstalstr. 37.

Munition
für alle Waffen empfiehlt 1474
Conrad Lutz, Emmendingen.

Brillant-Schuh-Krem
Büdo
Erstklassiges Fabrikat
Büdowerk
Schwenningen a/N.

Gesucht ordentliches
Mädchen
für Zimmer- und Hausarbeit, sowie Hausmädchen in f. Fremdenheim nach Freiburg i. B. gesucht. 1480
Werderstraße 15.

Suche als 1469
Dienstmagd
oder für Garten- und Feldarbeit sofort hier eine Stelle.
Wer? sagt d. Gesch. d. Blattes.

Junge 1469
Frau
sucht tagsüber Beschäftigung im Kinderhüten oder sonst eine leichte Arbeit.
Näheres in der Gesch d. Bl.

Lehrstelle
sucht ein Fräulein mit Realschulbildung auf kaufmännisches Büro.
Zu erfr. in der Geschäftsst. der Breisgauer Nachrichten.

Gesucht ein jüngerer, braver
Knecht
für Landwirtschaft zu zwei Pferden. Eintritt sofort. 1447
Brauerei Karl Schneider Endingen.

2 Möbelschreiner
finden sofort dauernde Arbeit bei
R. Bär
mechanische Möbelschreinerei
Kenzingen i. B. 1488

Guterhaltenes 1470
Fahrrad
mit Gummibereifung zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preisangabe unter Nr. 1470 an die Gesch. des Blattes.

Gesucht auf sofort eine
4—5 Zimmer-Wohnung.
Schriftliche Angebote unter Nr. 1472 an die Geschäftsstelle der Breisg. Nachrichten.

Unentbehrlich
für jede Dame, jeden Haushalt, jeden Junggesellen ist der
Webapparat 1468
Wunderweber

Wunderweber, die kleine Webmaschine, ist ein Handstopfapparat, der Strümpfe, Stoffe, Wäschestücke und sonstiges automatisch stopft, wie neu gewebt, ob grob oder fein, ein- oder zweifarbig. Keine verzweifelte Hausfrau mehr über die ewig vollen Stopfkörbe. Das Stopfen wird zum Vergnügen, jedes Schulkind ist damit imstande, Stopfarbeiten ganz selbständig schnell und wunderschön gleichmäßig herzustellen. Auch gebrauchte Stoffgarne von aufgezogenen Strümpfen usw. können verwendet werden. Apparat mit Probearbeit und genauer Anleitung Mk. 5.—; 2 Apparate Mk. 9.60 durch Generalvertrieb A. Godelmann, Versandhaus, Stuttgart 27, Neckarstraße 178. Ausführliche Beschreibung und Zeugnisse umsonst auf Verlang. Wiederverk. u. Vertreter gesucht. (Täglich 100fach nachbestellt.)

Einige Wagen
Dünger
von Ziegen und Kaninchen zu verkaufen Merianstr. 6, I.

1464 **Entlaufen**
ein

Hund
kleiner schwarzer Spitzer mit weißer Brust, hört auf den Namen Neger.
Der Finder möge ihn gegen Belohnung abgeben an
J. Grathwol b. Wilh. Gruninger in Rust (Amt Ettenheim).

Möbliertes 1468
Zimmer
für einen Arbeiter, auf Wunsch mit Kaffee, zu vermieten.
Westend Nr. 9, Emmendingen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Handelsregister.

In das Handelsregister B wurde bei O.-Z. 5 — Firma Carl Behrle Sohn, G. m. b. H. in Herbolzheim — eingetragen: „Die Vertretungsbefugnis der Liquidatoren ist beendigt".

Kenzingen, den 27. Februar 1919. 1478

Bad. Amtsgericht.

Handelsregister.

In das Handelsregister A wurde bei O.-Z. 159 offene Handelsgesellschaft „Carl Behrle Sohn" in Herbolzheim eingetragen. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kamill Behrle, Kaufmann in Herbolzheim, ist alleiniger Inhaber der Firma. 1477

Kenzingen, den 27. Februar 1919.

Bad. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Fleischversorgung betr.

Wegen ungenügender Viehzufuhr kann diese Woche kein Fleisch abgegeben werden.

Emmendingen, den 6. März 1919. 95

Lebensmittelamt Emmendingen.

Bekanntmachung.

Die Reichsbekleidungsstelle hat dem Kommunalverband Emmendingen 19 Kg. Anstrickgarn (Anstrickwolle) übersandt, mit der Bestimmung, solches an die arme Bevölkerung hiesiger Gemeinde zur Verteilung zu bringen. 94

Das Garn ist bei der Firma Franz Schnurr, Theod. Ludwigstraße hier, zum Preise von 1.25 Mk. den Strang zu 50 Gramm erhältlich.

Jede Familie kann höchstens 2 Strähne zu 100 Gramm zusammen erhalten, und finden bei der Verteilung die Besitzer der nachstehend verzeichneten Lebenmittel-Ausweiskarten Berücksichtigung:

Anfangsbuchstaben des Familiennamens:	Lebensmittel-ausweiskarte Nr.
A	7
B	35, 43, 48, 63, 65, 69, 77, 95, 103, 121, 125, 128, 141.
C	7, 9.
D	5, 6, 20, 31.
E	8, 27.
F	4, 17, 19, 23, 27, 47, 64.
G	53, 75, 76, 92.
H	9, 14, 23, 29, 37, 40, 46, 52, 61, 97, 109, 114, 115, 116, 122, 126, 127, 136.
J	6, 20.
K	6, 7, 22, 37, 43, 47, 49, 75, 85, 98, 106, 110, 119.
L	5, 41, 42, 62.
M	1, 2, 3, 8, 14, 28, 43, 55, 61, 63, 69, 79, 81, 83, 95
N	10, 15.
O	1, 2, 6, 11.
P	1, 6, 17, 18, 22.
R	2, 4, 14, 15, 16, 20, 24, 25, 27, 31, 32, 39, 46, 47, 50, 52, 65, 88, 97, 106.
S	3, 7, 14, 19, 24, 28, 33, 35. 46, 47, 52 53, 56, 58, 66, 73.
Sch	1, 2, 11, 15, 23, 24, 26, 30, 37, 51, 52, 56, 60, 62, 64, 69, 71, 78, 92, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 111, 119, 131, 134, 136, 141, 143, 161.
St	4, 5, 8, 9, 12, 16, 17, 23, 26.
U	3.
V	12.
W	7, 11, 46, 73, 86, 93, 97, 101 115.
Z	11, 18, 47, 48.

Die blaue Lebensmittel-Ausweiskarte ist bei Abholung des Garnes vorzulegen.

Emmendingen, den 6. März 1919.

Bürgermeisteramt:

Rehm.

Bekanntmachung.

Die Aufnahme in die Volksschule betr.

Auf Beginn des neuen Schuljahres werden alle Kinder schulpflichtig, die bis zum 30. April d. Js. das 6. Lebensjahr vollenden.

Die Eltern oder deren Stellvertreter werden aufgefordert, ihre schulpflichtigen Kinder am

Mittwoch, den 12. März

nachmittags 2 Uhr in der Karl-Friedrichschule anzumelden.

Die Anmeldepflicht erstreckt sich auch auf die Kinder, die auf Beginn des vorigen Schuljahres zurückgestellt worden sind, die zur Zeit erkrankt sind, die schwächlich und in der Entwicklung zurückgeblieben sind, sowie auf die nicht vollsinnigen (taubstummen und blinden) und die geistesschwachen, epileptischen und krüppelhaften Kinder.

Für Kinder, die auswärts geboren sind, ist der Geburtsschein und der Impfschein, für hier geborene nur der Impfschein vorzulegen.

Eltern oder deren Stellvertreter, die es verabsäumen, die ihrer Obhut anvertrauten schulpflichtigen Kinder zum Besuche der Volksschule anzuhalten, unterliegen der Bestrafung auf Grund des § 71 des Polizeistrafgesetzbuches v. 31. Oktober 1863.

Emmendingen, 4. März 1919.

Das Rektorat:

Thoma.

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde Emmendingen versteigert am **Samstag, den 8. März, vormittags 11 Uhr** in der Hochburgerstraße

7 Lose Reißig

gegen Barzahlung.

Emmendingen, den 6. März 1919. 96

Das Bürgermeisteramt.

Rehm.

Offene Straßenwärterstelle.

Bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Emmendingen ist die Stelle des Straßenwärters Strecke Nr. 7 von 38,40 km bis 42,20 km der Landstraße Nr. 1 mit dem Wohnsitze in Hecklingen oder Malterdingen neu zu besetzen. Die Jahresvergütung beträgt einschließlich der zu 48 Mk. veranschlagten Grasnützung, zunächst 810 Mk. und steigt dann durch zweijährige Zulagen von je 24 Mk. bis 990 Mk. Dazu erhält der Wärter ein Geschirrgeld von jährlich 6 Mk. sowie die Dienstkleidung im Wert von 8,66 Mk. jährlich, außerdem werden die Kriegsteuerungsbezüge nach den bestehenden Bestimmungen gewährt. Andauernd gute Führung und Leistung gewährt Aussicht auf Erlangung der Beamteneigenschaft und späterhin eines Unterstützungsgehaltes, sowie im Todesfall eines Witwengeldes. Bewerber aus der Zahl der Militäranwärter und der Anstellungsscheininhaber werden bevorzugt. 1189

Bewerber haben sich bis zum 10. April bei Straßenmeister Fehr in Kenzingen zu melden, bei dem die Bedingungen und Vordrucke für die Bewerber erhältlich sind.

Stadt-Musik-Verein Emmendingen

Sonntag, den 9. März 1919, abends 7 Uhr findet im Hotel Post (Saal) die ordentliche 1466

Generalversammlung

statt, mit folgender Tagesordnung:

1. Jahresberichte.
2. Rechenschaftsbericht.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
4. Verschiedenes.

Mit Rücksicht darauf, daß seit 6. März 1913 keine Generalversammlung mehr stattgefunden hat, wird der Gesamtvorstand neu gewählt. Unsere Mitglieder werden zu recht zahlreicher Teilnahme höflichst eingeladen. Die Kapelle wird an diesem Abend konzertieren.

Der Vorstand: K. Schmidt.

Kurzschrift-Verein „Stolze-Schrey" Emmendingen.

Die auf Donnerstag, 6. März angesagte **ausserordentliche Hauptversammlung** findet erst am **Montag, den 10. März abends 8 Uhr** im 3. Stock der Karl-Friedrichschule statt. Alle Schriftfreunde sind willkommen. 1425

Der Vorstand.

Aderverkalkung, Schwindelanfälle, Herzbeklemmungen, Angst- und Schwächezustände

Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Broschüre. 1455

Dr. Gebhard & Cie., Berlin W35, Potsdamerstr. 104a.

Prämienaufgabe

I L R E
N ✽ B

Obige Buchstaben ergeben, richtig geordnet, den Namen einer grossen deutschen Stadt.

600 Mk. Barprämie

in 300, 100, 80, 50, 30, 20, 10, 10 Mk. verteilt

sowie

jedem Einsender eine Trostprämie.

Ohne jede Verpflichtung und vollständig gratis erwirbt sich ein jeder, der obige Aufgabe richtig eingesandt hat, ein Anrecht auf obige Prämien, die bestimmt verteilt werden, um unsere Firma bekannt zu machen. Die geringen Versandkosten muss der Einsender tragen. Schicken Sie uns Ihre Aufgabe richtig mit 15 Pfg. frankiertem Brief zu und fügen für unsere Auskunft, ob die Aufgabe richtig ist, Rückporto für diese Auskunft, Schreiblohn, Drucksache, Porto usw. bei. — Schreiben Sie noch heute an

Versandhaus „Union", Braunschweig Nr. 186

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unserer nun in Gott ruhenden lieben Mutter, Grossmutter, Schwester, Tante und Schwägerin

Friedericke Brucker

geb. Peter

für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zu ihrer letzten Ruhestätte und besonders Herrn Pfarrer Parck für die trostreiche Leichenrede sagen wir herzlichen Dank.

Malterdingen, den 7. März 1919. 1479

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Ernst Schillinger.
Familie Wilh. Brucker, Badenweiler.
und Enkelkinder.

Welcher umsichtige Gemeinderat

will seiner Stadt — wie eben vorbildl. die Stadt Crailsheim — durch Gewinnung einer renommierten priv. Lehranstalt (Abtl.: Oberreal-, Gymn.-, Realgymn.- und Handelsschule) zum Aufschwung verhelfen? Die Anstalt (z. Zt. noch im besetzten Gebiet) brachte den Geschäftsleuten am Ort bisher jährlich etwa ½ Million Mehreinnahmen. Verlegung eilt!

Alsbaldige Vorschläge unter Nr. 1424 an die Gesch. d. Bl.

Wieder eingetroffen **Stuhlsitze** aus Holz. 1475

Conrad Lutz, Emmendingen.

Ein bereits neuer 1467

Hochzeitsanzug

ist zu verkaufen.

Wo? sagt d. Gesch. d. Blattes.

2 Paar 1473

Inf.-Stiefel

Größe 43 und 44, bereits neu, hat zu verkaufen

Wer sagt die Gesch. ds. Bl.

Weg. Platzmangel z. verkaufen:

1 Plüschgarnitur

Sofa mit 4 Sessel, 1 Pfeilerschränkchen, alles noch gut erhalten. 1468

Hebelstraße 9, Emmendingen.

Schutz vor **Bettnässen**

Garant. unschädlich. Näheres unentgeltlich. Sanitas A., Fürth i. Bay. Flössaustrasse 28.

Neu eingetroffen: sehr guter **Waschtüll**

in weiss, creme, schwarz, 1 und 2 Mtr. breit, geeignet für Kleider, Brautschleier und Vorhänge.

Feine Spitzen u. Spitzenstoffe.

Neuheiten in Spitzenkragen

Grosse Auswahl.

Fritz Weintz Emmendingen.

Zu verkaufen

wegen Umzug 2 große Korbflaschen ca. 30 und 45 Ltr. haltend, 1 Feuerherd mit 4 Löcher, eine große Petroleumhängelampe, ca. 50 Weinflaschen. 1457

Emmendingen, Hochburgerstr. 25, Hinterhaus.

5 Militärmützen

billig zu verkaufen.

Lammstr. 14, Emmendingen.

Ein noch bereits neuer

Konfirmanden-Anzug

ist zu verkaufen bei 1460

Julius Ziebold

Ottoschwanden (Gschächtrig).

Zu verkaufen ist ein Ohm

1918er Traubenwein

und ein fast neuer 1476

Herren-Gummimantel

Wo sagt der Verlag ds. Bl.

1 Kinderbettstatt und ein Kinderstuhl

zu verkaufen. 1458

Karlfriedrichstr. 74, Emmendingen

Kokosläufer

1,25 m breit und 14 m lang, bereits neu, sowie ein 1448

Kinderklappstuhl

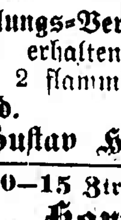
mit Wachstuch gepolstert, ein Paar

Rohrstiefel

Rahmenarbeit, Größe 40, neu, zu verkaufen.

Wo? sagt die Geschäftstelle des Blattes.

Zu verkaufen



Bel. R.

Häsin

8 Monate alt, 2 Ausstellungs-Versandkisten, eine gut erhaltene Hängematte, ein 2 flammiger Petroleumherd. 1449

Gustav Herr, Teningen.

10–15 Ztr. 1436

Kornstroh

(Pflegeldrusch) und 6–8 Ztr.

Heu

und etwa 15–20 Liter

Fleischkleesamen

zu verkaufen.

Adresse in der Geschäftsstelle ds. Bl. zu erfragen.

Eine ältere **Nutz- und Zugkuh**

8 Liter Milch gebend, ist zu verkaufen. 1462

Wasser, Haus Nr. 20,

Ein ¾jähriger, wachsamer

Hofhund

zu verkaufen. 1485

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

25 Angebote

erhielt kürzlich ein Landwirt auf eine Anzeige betr. landwirtschaftlicher Arbeiter gesucht durch die Breisgauer Nachrichten. Wenn Sie Dienstpersonal suchen, wie Knechte, Mägde, Köchinnen, Zimmermädchen, Handburschen, Arbeiter und Lehrlinge, dann bestellen Sie eine Anzeige in den Breisgauer Nachrichten in Emmendingen und Sie haben mit geringen Kosten sicheren Erfolg.

Breisgauer Nachrichten

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 8 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 57 (Evang: Philemon) Emmendingen, Samstag, 8. März 1919. (Kath: Joh. de Deo) 54. Jahrgang

Erstes Blatt.

Die Nationalversammlung in Weimar

Weimar, 7. März.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wird von Regierungsseite mitgeteilt, daß die Interpellationen über die Sicherstellung der Ernährung Deutschlands am Montag von der Regierung beantwortet würden.

Auf der Tagesordnung steht die 1. Beratung des Sozialisierungsgesetzes. Wirtschaftsminister Wissel führt u. a. aus: Die Regierung muß unerfüllbaren Wünschen gegenüber hart sein. Das werktägige Volk will jetzt Taten sehen und greift schon überall selbst zu Taten. Schon droht Anarchie, die zu Tod und Untergang führt. Die Reichsregierung hält es für ihre Pflicht, durch Gesetzgebung dem sozialistischen Streben ein legales Feld der Betätigung zu geben. Aber die neue Zeit kann nicht nur Freiheit bringen, sie muß auch Pflichten auferlegen. Dem Gesetz über die Kohlenwirtschaft wird unmittelbar eines über die Kaliwirtschaft folgen. Das Reich wird sich nicht scheuen, in die sogenannten wohlerworbenen Rechte oder in die privaten Bergregale einzugreifen. Die Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ist die möglichste Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Sie werden Wunder erleben, welche Energien Sie zum Wohle unserer wirtschaftlichen Zukunft freimachen.

In der anschließenden Debatte bemerkt der Redner des Zentrums, die Annahme des Sozialisierungsgesetzes werde als eine Tat in der Kulturgeschichte der Menschheit verzeichnet werden. Die Deutsche Volkspartei verspricht sich von der Sozialisierung weder für die Produktion noch für die Arbeiter wesentliche Vorteile. Das Gesetz sei eine Kapitulation der Regierung. Die Regierung scheine gewisse Rücksichten nehmen zu müssen. Wirtschaftsminister Wissel: Die Regierung hat dieses Gesetz aus eigenem Antrieb eingebracht. Unbegründeten und unerfüllbaren Forderungen wird die Regierung mit aller Entschiedenheit entgegentreten. — Abg. Dr. Dernburg erklärte namens der deutschen demokratischen Partei, daß diese die Vorlage äußerst wohlwollend prüfen werde. — Darauf wird die Weiterberatung auf Samstag vormittag 10 Uhr vertagt.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

Das Ende des Generalstreiks in Berlin.

WTB. Berlin, 7. März. Um 7 Uhr abends ist der Generalstreik tatsächlich beendet. Die Untergrundbahn nahm den Verkehr gleich wieder auf. Die Setzer und Drucker kehrten alsbald an ihre Arbeitsstätten zurück. Das Telephon wurde für den privaten Verkehr wieder freigegeben. Ein formeller Abschluß liegt zur Zeit noch nicht vor, weil ein endgültiger Beschluß des Arbeiterrats von Groß-Berlin noch nicht veröffentlicht ist. Immerhin beginnen die Straßen ihr gewöhnliches Aussehen wieder anzunehmen.

WTB. Berlin, 7. März. Die Berliner Streiks können tatsächlich als abgeschlossen gelten. Alle in Betracht kommenden Faktoren sind sich dahin einig, daß nichts anderes als ein rascher Abbruch der Streiks übrig bleibt. Auch die Fraktion der Unabhängigen im Großberliner Arbeiterrat hat sich unter dem Druck der Tatsachen dieser Ueberzeugung angeschlossen. Die Vollversammlung der Arbeiterräte Großberlins hat heute nach Ablehnung eines sozialistischen Antrages, den Streik bedingungslos abzubrechen, beschlossen, daß der Streik unter folgenden vier Bedingungen beendet sein soll: 1) Keine Maßregelung, 2) Zurückziehung des Militärs aus den besetzten Betrieben; 3) Freilassung der wegen Streiksbeteiligung Verhafteten, 4) Zurückziehung der freiwilligen Truppen aus Berlin. Der Vorwärts meint, es könne kein Zweifel bestehen, daß dieser etwas verklausulierte Beschluß den tatsächlichen Abbruch des Streiks bedeute und daß spätestens am Montag die Arbeit im vollen Umfange wieder aufgenommen werden wird. Auch die Berliner Gewerkschaftskommission hat gestern beschlossen, den sofortigen Abbruch des Streiks zu empfehlen. Dieser Beschluß wurde in einer paritätisch stark besuchten Sitzung gegen nur 5 Stimmen angenommen. Die sozialistischen Arbeiterräte, Betriebsvertrauensleute und Funktionäre hielten heute abend Versammlungen ab, in denen der einmütige Willen aller zum Ausdruck kam, die Arbeit überall sofort wieder aufzunehmen.

WTB. Berlin, 7. März. Die Matrosen in der Reichsbank sind entwaffnet. Durch das Eingreifen der technischen Abteilung der Gardekavallerieschützendivision ist der Betrieb der Elektrizitätswerke sichergestellt. Beträchtliche Teile der republikanischen Soldatenwehr wurden entwaffnet und diejenigen Depots, die sich gegen die Regierung gestellt hatten, aufgelöst. Der Betrieb der Hochbahn und Wasserwerke ist durch die Gardekavallerieschützendivision gesichert. Der Fünferausschuß der republikanischen Soldatenwehr ist aufgelöst. Lediglich ihr Kommandeur Müller, der sich hinter die Regierung gestellt hatte, blieb im Amte. Die Lage ist so, daß Berlin größtenteils, mit Ausnahme der östlichen Gegenden, wohin die Spartakisten sich zurückgezogen haben, in den Händen der Gardekavallerieschützendivision und der ihr angegliederten Verbände ist. Die Regierung ist demnach völlig Herrin der Lage.

* * *

WTB. Berlin, 7. März. Die Berichte der an den Straßenkämpfen beteiligten Truppen ergeben folgende Darstellung: Die Regierung übertrug den Schutz der Hauptstadt der Gardekavalleriedivision und den ihr unterstellten freiwilligen Truppen. Das Polizeipräsidium wurde von Schutzleuten und Teilen des Alexanderregiments verteidigt. Am 6. März um 2.30 Uhr nachmittags drängte ein Gegenangriff gegen den Alexanderplatz und die umliegenden Straßen die Spartakusleute überall zurück. Anhänger der Spartakisten bildeten die Volksmarinedivision und große Teile der republikanischen Soldatenwehr. Sie gaben den Angriff auf das Polizeipräsidium auf und räumten den Alexanderplatz unter Zurücklassung von zahlreichen Toten und Verwundeten. Die Barrikaden wurden zerstört und der Gegner gegen Osten und Südosten abgedrängt. Um die Besatzung des Realgymnasiums in der Elisabethstraße auszuräuchern, hatten die Anführer vor den Türen und Fenstern große Feuer angezündet. Gerade zur rechten Zeit entsetzten Verfolgungskommandos die Verteidiger. Auch hier hatte Spartakus die schwersten Verluste. In Neukölln hat das Detachement Neuville der Gardekavallerieschützendivision sowie des Reserveregiments 64 wieder Ordnung geschaffen. Gegen 4 Uhr nachmittags ist die Gesamtlage etwa folgende: Die Spartakisten, bestehend aus den Angehörigen der Volksmarinedivision, der republikanischen Soldatenwehr und allerlei lichtscheuem Gesindel haben sich auf die Gegend der Köpeniker und der Großen Frankfurter Straße zurückgezogen. Die Verluste der Spartakusmänner sind sehr groß. Wenn auch der letzte Widerstand noch nicht niedergeschlagen ist, so dürfte doch die Krisis überwunden sein.

9 Uhr abends: Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, befindet sich das Polizeipräsidium restlos in den Händen der Regierungstruppen. Der Alexanderplatz und dessen gesamte Umgebung ist von den Aufständischen vollkommen gesäubert.

WTB. Spandau, 7. März. In Spandau, das vom Freiwilligenkorps Hülsen besetzt ist, kam es in der vergangenen Nacht zu Zwischenfällen. In der Havelstraße wurden Regierungstruppen von Spartakisten mit Handgranaten beworfen. Die Häuser, von denen aus dieses geschah, wurden gesäubert. Zwei Frauen wurden getötet. Um ½10 Uhr wurde das Rathaus, wo sich General v. Hülsen mit dem Stab aufhält, von der Artilleriewerkstatt Süd aus mit Geschütz- u. Maschinengewehrfeuer belegt. Die Fabrik wurde von den Regierungstruppen besetzt. Infolge dieser Vorfälle macht General v. Hülsen bekannt, daß von jetzt ab jede Ansammlung rücksichtslos mit Waffengewalt auseinandergetrieben wird. Die Spandauer Pioniere, die sich in letzter Zeit als unzuverlässige Truppe gezeigt hatten, wurden gezwungen, ihre Waffen abzugeben. Der Streik dauert zwar noch an, jedoch machen sich Anzeichen zur Wiederaufnahme der Arbeit bemerkbar. So wurde in den Munitionsfabriken mit 1200 gegen 70 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Das Kraftwerk steht vollständig still. Spandau ist ohne elektrisches Licht.

WTB. Weimar, 7. März. Wie wir hören, sind die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Streikleitung in Halle zu einem befriedigenden Ergebnis geführt worden. Es dürfte in der allernächsten Zeit mit der Wiederaufnahme der Arbeit gerechnet werden.

WTB. Halle, 7. März. Der Generalstreik ist ab heute nachmittag eingestellt. Der Zugverkehr über Erfurt ist seit gestern wieder aufgenommen. Auch der Straßenbahnverkehr wird voraussichtlich von Sonnabend an wieder beginnen. In der Nacht erfolgten 34 Verhaftungen. Einer wurde erschossen. Der Belagerungszustand bleibt zunächst bestehen, wird aber langsam abgebaut werden. Kleine Formationen der Landesjägerbrigade bleiben solange in der Stadt zurück, bis die Hauptmenge der wilden Waffen in ihren Händen ist.

WTB. Erfurt, 7. März. Heute nachmittag zwei Uhr ist der Telegraphen- und Telephonverkehr wieder aufgenommen worden. Der Generalstreik der Arbeiterschaft dauert noch unverändert an. Die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke haben vorgestern ihren Betrieb wieder aufgenommen. Auch die Lebensmittelgeschäfte sind größtenteils wieder geöffnet.

WTB. Beuthen, 7. März. Der Bergarbeiterausstand hat heute weitere Ausdehnung erfahren. Insgesamt streiken etwa 15 Gruben.

WTB. Thorn, 6. März. In einer Besprechung mit Vertretern des Magistrates, des Landesratsamtes, des Arbeiterrates, der politischen Parteien und dem Kommandeur der hiesigen Truppenteile und ihren Vertrauensleuten machte der Kommandeur der Festung, Generalmajor Grodeck, Mitteilungen über die durch die Vorgänge vom letzten Freitag entstandene ernste Lage in Thorn. Drei Putschversuche, die für den 3. März, für die Nacht zum 5. und am Vormittag des 5. März geplant waren, sind dank umfassender militärischer Maßnahmen unterblieben. Als Vorwand bei diesen Putschversuchen galt die Beseitigung des Arbeiter- und Soldatenrates. Nach den Mitteilungen des Gouverneurs bleibt die Lage in Thorn nach wie vor ernst.

Die Lösung der politischen Konflikte in Bayern.

WTB. München, 7. März. In der heutigen Sitzung des Rätekongresses berieten die Mitglieder der Kommission, die mit den sozialistischen Landtagsabgeordneten in Einigungsverhandlungen eingetreten ist, die Lösung der politischen Konflikte. Man hat sich dahin geeinigt, daß der Landtag zu einer kurzen Tagung zusammentreten solle und ein sozialistisches Ministerium durch die beiden sozialistischen Parteien mit der Errichtung eines Land- und Forstwirtschaftlichen Ministeriums und Besetzung durch einen Bauernbündler gebildet wird. Außerdem soll ein freiwilliges Volksheer aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unter sofortiger Auflösung des bestehenden Heeres geschaffen werden. Am Sonabend wird der Kongreß in die Erörterungen des Kommissionsberichtes eintreten.

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß

Aus dem Bericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 6. März:

WTB. Berlin, 7. März. Die deutsche Kommission erhob in einer Note Einspruch gegen die in französischen Zeitungen vom 27. Februar veröffentlichte Behauptung des Vorsitzenden der amerikanischen Lebensmittelkommission für Polen, Obersten Grave, daß die Deutschen entlang der ganzen Front in Posen das Artilleriefeuer fortsetzten. Es wird in der Note darauf hingewiesen, daß nicht die Deutschen, sondern die Polen die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens übertreten haben, wie aus zahlreichem, den Alliierten zugegangenem Material klar hervorgeht.

WTB. Berlin, 7. März. Entsprechend dem früheren deutschen Ersuchen haben die Alliierten die Ausfuhr von Papiergarnen und Papiergarnerzeugnissen aus dem linksrheinischen nach dem rechtsrheinischen Gebiet in jedem Umfange gestattet. Ferner haben sie auf die deutschen Forderungen hin nunmehr die bisher für die Dillinger Hüttenwerke verbotene Ausfuhr von 15 000 Tonnen Schiffsblech nach Hamburg erlaubt. Auf die deutsche Forderung hin, die unterbundene Ausfuhr von Druckpapier aus der neutralen Zone nach dem unbesetzten Deutschland wieder freizugeben, hatten die Alliierten kürzlich geantwortet, dem deutschen Verlangen würde in der Grenze des Möglichen und soweit es die Umstände erlaubten, Rechnung getragen. Da hieraus hervorgeht, daß die Alliierten in der neutralen Zone nicht nur militärisches, sondern auch im Widerspruch zum Waffenstillstandsvertrag wirtschaftliches Kontroll-Recht für sich in Anspruch nehmen, protestierte der Vertreter der deutschen Regierung in der heutigen Sitzung gegen jeden Versuch der Beschränkung des Wirtschaftsverkehrs innerhalb der neutralen Zone und ersuchte die Alliierten um Aufhebung aller etwa für die neutrale Zone bereits getroffenen wirtschaftlichen Einschränkungen und Anordnungen.

Auf die verschiedenen deutschen Noten, in denen die Belgier um die nötigen Maßnahmen zur Abstellung der Milchnot im Düsseldorfer Gebiet gebeten wurden, führte die belgische Kommission heute aus, daß in dem ganzen von belgischen Truppen besetzten Gebiet großer Milchmangel herrsche. Nur Kinder bis zu sechs Jahren, sowie Schwangere und Kranke erhalten Milch. Der belgische Armeebefehlshaber werde die Möglichkeit wohlwollend prüfen, mit der Lieferung von 284 000 Litern wie im Monat Dezember wieder zu beginnen und diese Menge mit der zunehmenden Milcherzeugung zu erhöhen. Es muß verlangt werden, daß deutscherseits die Getreide-, Rohzucker- und Kartoffelversorgung des besetzten Gebietes wie früher durchgeführt wird.

In Ergänzung der den Alliierten in der Sitzung vom 4. März zugestellten Berichte über die Lage der deutschen Truppen in Libau übermittelte die deutsche Kommission den Gegnern Mitteilungen über die unzuverlässige Haltung der von den Engländern durch Abgabe von Waffen unterstützten zeitweiligen lettischen Regierung in Libau.

WTB. Berlin, 7. März. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: In der Vollsitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 6. März ist im Auftrage der deutschen Regierung folgende Note übergeben worden: Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis erhalten, daß diplomatische Vertreter der Ententestaaten nicht nur in neutralen Staaten Europas, sondern auch in überseeischen Ländern darauf hinwirken, die deutschen Bankguthaben und Effekten zu sperren und somit den deutschen Reichsangehörigen das ihnen nach den Landesgesetzen zustehende Verfügungsrecht über ihr ausländisches Guthaben zu schmälern. Mit Rücksicht auf dieses Vorgehen im Hinblick auf die dadurch hervorgerufene offene Beunruhigung sieht sich die deutsche Regierung veranlaßt, ausdrücklich zu erklären, daß ihre Vertreter in Trier keinerlei Verpflichtungen eingegangen sind, durch die das Verfügungsrecht der deutschen Reichsangehörigen über ihre Guthaben und ihre Wertpapiere im Auslande irgendwie eingeschränkt werden.